

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt:  
Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Tele-  
fon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-,  
Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Aus-  
wertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich  
DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung:  
Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BIG 828 00)

18. Mai 1968 - 40 / II  
Einzelpreis DM 0.75

=====

HEUTE AUF SEITE 5: VERFASSUNGSSCHUTZ-DOKUMENT ÜBER DIE BEOBACHTUNG  
DES SDS UND DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS IN WESTBERLIN

=====

#### NPD-KUNDGEBUNG: DEMONSTRATION DER DEMOKRATISCHEN KRÄFTE

Der Sonnabend verspricht zu einer Manifestation der demokratischen und progressiven Kräfte Westberlins zu werden. Zwar war bei Redaktionsschluß nicht bekannt, ob nach dem Streik der Bediensteten der Landesbildstelle die NPD-Veranstaltung in der Landesbildstelle an der Levetzowstraße in Moabit am Sonnabend, 18. Mai, um 19 Uhr stattfindet. Für 18 Uhr haben jedenfalls der DGB, die DAG und die Außerparlamentarische Opposition zu einer Demonstration vor der Landesbildstelle aufgerufen. Die NPD-Anhänger sollen am Betreten der Kundgebungsstätte gehindert werden. Ein Teach-in vor der Landesbildstelle wird stattfinden. Fahrverbindungen: Haltestelle Gotzkowskybrücke mit den Bussen A 1, A 25, A 89 und A 90.

#### SCHÜTZ-REISE: GEGEN DEN RATSCHLAG DER ALLIIERTEN

Westberlins Regierender Bürgermeister hat sich mit seiner Absicht, am 26. April die DDR mit dem Auto zu durchfahren, in Gegensatz zu den Ratschlägen der Alliierten gesetzt. Das wird jetzt aus informierten Kreisen der Westberliner Besatzungsmächte bekannt. Schütz hatte vor seinem Durchreiseversuch die im Rathaus Schöneberg anwesenden Journalisten von seiner Absicht informiert und war mit Fotoreportern nach Dreilinden gereist. Die Reporter sollten unmittelbar nach der Durchreise publik machen, daß Schütz nicht allein als Regierender Bürgermeister, sondern auch als Präsident des Bundesrates und Stellvertreter des Bundespräsidenten "durch die Zone" gefahren sei. Die Reise mißlang bekanntlich.

Amerikanische Dienststellen hatten der Bundesregierung nahegelegt, die aus der Durchfahrtsperre für Mitglieder der Bundesregierung und der Bundesbehörden resultierenden Probleme in direkten Verhandlungen "mit der anderen Seite zu klären und zu beseitigen". Bei den Alliierten ist daher beträchtliche Verärgerung aufgekommen, weil man annehmen muß, Schütz wollte einen Präzedenzfall für die Westmächte schaffen. Aus alliierten Kreisen verlautet dazu, daß Schütz, der durch diese Aktion sein Image heben und sein politisches Gewicht vergrößern wollte, seinem bei den Alliierten - besonders bei der französischen Schutzmacht - ramponierten Ansehen weiter geschadet hat.

#### DUTSCHKE-ATTENTÄTER: KEIN GELD FÜR MASCHINENGEWEHR

Dutschke-Attentäter Josef Bachmann hat den Rat seines Anwalts, auf § 51 (Unzurechnungsfähigkeit) zu plädieren, abgelehnt. Er sei Überzeugungstäter und würde "das noch

mal tun". Aus Bachmanns Umgebung, der zur Zeit im Lazarett des Untersuchungsgefängnisses liegt, ist zu erfahren, daß Bachmann ursprünglich die Absicht hatte, sich ein Maschinengewehr zu besorgen, in die SDS-Räume am Kurfürstendamm einzudringen und "reinzuhalten". Auf dem schwarzen Markt war ihm ein MG für 300 Mark angeboten worden; er hatte diese Summe aber nicht. Bachmann äußerte vor wenigen Tagen seine Unzufriedenheit, daß er deshalb "eine Gaspistole nehmen mußte", um auf Dutschke zu schießen. Mit einem MG wäre ihm "Dutschke nicht entkommen". - Während der Briefeingang beim genesenden Rudi Dutschke nachgelassen hat, erhält Bachmann noch täglich zahlreiche Glückwunschschriften und Dankbriefe. - Wie inzwischen bekannt wurde, hat der Leiter des Jugenddorfes Limburgerhof bei Ludwigshafen, E. Brösel vom "Christlichen Jugenddorfwerk", am 13. April vor seinen pädagogischen Mitarbeitern zum Mordanschlag auf Dutschke erklärt: "Jetzt hilft nur noch eins: Mit dem Maschinengewehr zwischen die Studenten halten!" Die Mehrheit der etwa zwanzig "Pädagogen" christlicher Couleur äußerte sich beifällig. Das "Christliche Jugenddorfwerk" erhält staatliche Zuschüsse.

#### NEUBAUERS NEUE RECHTE HAND: MAFFIA-CHEF PÄTZOLD

Der Weddinger Stadtrat Erich Pätzold, Chef der rechtsextremen SPD-Gruppierung, soll Senatsdirektor beim Innensenator und damit Neubauers rechte Hand werden. Sein inoffizielles Debüt lieferte Pätzold vor der 20. Delegiertentagung der Westberliner Polizeigewerkschaft: Er durfte die Grußworte für die SPD sprechen ("Wer gegen die freiheitliche Ordnung vorgeht, hat das Recht verwirkt zu klagen, wenn die Polizei mal fester zupackt"). Der derzeitige Senatsdirektor Sünderhauf wurde von Neubauer auf den Posten des Präsidenten des Landesrechnungshofes weggelobt.

#### SPD WESTBERLIN: EINTRITTS-STOPP FÜR JUNGE LEUTE

Statutenwidrig haben einige unter rechter Führung stehende Parteiorganisationen der Westberliner SPD einen faktischen Eintrittsstopp für junge Menschen verfügt. Während "Opas und Omas" ohne weitere Formalitäten in die Partei aufgenommen werden, werden Aufnahmeanträge von Bewerbern unter 30 Jahren, vor allem die von Studenten, auf die lange Bank geschoben. Es besteht offenbar ein Zusammenhang zwischen diesen Manipulationen und einer Erklärung Neubauers, daß die SPD sich gegen "Unterwanderung" wehren müsse. Die SPD-Betriebsgruppe an den Westberliner Hochschulen hat in einer EntschlieÙung ihrer Vollversammlung "jeden Eintrittsstopp für ausgewählte gesellschaftliche oder Altersstufen als antidemokratisch zurückgewiesen". Sie forderte die "demokratische Öffentlichkeit auf, den Versuch bestimmter Kreise in der Berliner SPD, nonkonforme Ansichten durch Parteiausschlüsse bzw. Eintrittsbeschränkungen der politischen Effektivität zu berauben, aufs härteste zu kritisieren". In einer weiteren EntschlieÙung vertrat die Betriebsgruppe die Auffassung, daß "innerparteiliche Opposition mit dem Ziel, die Politik der SPD inhaltlich und personell durchgreifend zu verändern, eine selbstverständliche und legitime Aufgabe der progressiven Kräfte innerhalb der SPD ist". Der Vorstand der Betriebsgruppe wurde beauftragt, Gespräche mit der APO zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Mindestprogramms zu führen.

#### VERFASSUNGSSCHUTZ: ZWECKKLÜGE FÜR DEN BUNDESTAG

Nachdem EXTRA-Dienst 37/II berichtet hatte, daß ein angebliches SDS-Zitat über ein "gewisses Ausmaß von Gewalt" (am 30. April von Innenminister Benda im Bundestag als Beleg für die gewalttätigen Tendenzen im SDS vorgebracht) reine Erfindung des Verfassungsschutzes war, mußte Staatssekretär Köppler auf Anfrage des Berliner FDP-Abgeordneten Borm den von uns gemeldeten Sachverhalt bestätigen. Es hatte niemals eine SDS-Tagung im Internationalen Freundschaftsheim in Bückeburg gegeben. Zu der von Benda angegebenen Zeit fand dort eine Informationstagung mit dem Titel "Ausbildung in gewaltfreier Aktion" statt, bei der kein SDS-Vertreter anwesend war. Auf die Frage, ob solche "Fehlinformationen" durch den Verfassungsschutz öfter vorkämen, antwortete Köppler, daß alles Material beim Verfassungsschutz in Köln "sorgfältig gefiltert" werde.

## ÖSTERREICH: SP-SPALTUNG IN ALT UND JUNG?

In der Sozialistischen Partei Österreichs droht eine Spaltung. Der SP-Generalsekretär Gratz erklärte, die Partei sei entschlossen, "Sanktionen gegen die Sozialistische Jugend Österreichs zu verhängen". Die Jungsozialisten der Partei veranstalteten, zusammen mit den sozialistischen Studenten, eine eigene Maifeier. Einer der Führer der sozialistischen Studenten: Peter Kreisky, Sohn des Parteivorsitzenden und ehemaligen Außenministers Dr. Bruno Kreisky...

## POLIZEIGEFÄNGNIS: 40 MANN UND 1 MÄDCHEN

Auch die strengen sexual-moralischen Grundsätze der Polizei gerieten während der Ostertage in Westberlin aus den Fugen: Die Polizei sperrte im Polizeigefängnis Friesenstraße 40 Männer und ein 17jähriges Mädchen eine Nacht und einen Tag in einem Raum zusammen ein. Schlamperei kann es nicht gewesen sein: Die Polizei sah sich die in der Meineckestraße Inhaftierten vor der Raumzuteilung offenbar genau an, sie sonderte die Mitglieder der Kommune I sorgfältig aus und wies sie in einen eigenen Raum ein.

## JUGENDPRESSE: BEAT MIT SCHUSS

Ein "konservativ orientierter Mensch" macht eine neue Jugendzeitschrift: Hans Görlitz, Inhaber des Westberliner Gustav-Pengel-Verlags und 1966 für kurze Zeit Mitglied des NPD-Landesvorstandes, wird Verleger einer Jugendzeitschrift "20 report", die der Kreis um "Morgenpost"-Redakteur Michael P. Schreiber ab Juni herausbringt. Schreiber hatte am Tage des Dutschke-Attentats in den Räumen des Beat-Lokals "blow up" eine makabre Presse-Gangster-Party mit Spaß am Schuß" veranstaltet (EXTRA-Dienst 31/II). Zu dieser Party hatte auch die Beat-Band "the twangy gang" aufgespielt, deren Public-relations-manager Joachim Wilhelm das Zeitschriftenprojekt der Gruppe leiten wird. Wilhelm bringt bei Pengel bereits einen "jowi-Pressedienst" heraus.

## ZITAT DER WOCHE

"Wenn wir Fußball spielen, dann ist das eine hochpolitische Sache, da Berlin nicht in der Bundesliga spielt. Wenn die APO erst in der Bundesliga spielt, dann haben wir die Massenbasis und deshalb muß die Kommune trainieren." (Fritz Teufel im Audimax der FU, als Kommune-Mitglieder gerügt wurden, die während der Debatte Fußball spielten).

## HINWEISE DER REDAKTION

APO KONTRA SPD heißt eine Veranstaltung im Haus der Jugend, Wartburgplatz, am Mittwoch, 22. Mai, 20 Uhr. Es diskutieren Jürgen Grimming von den Jungsozialisten und Dr. Reinhard Wolff von den Falken.

ÜBER DIE NOTSTANDSGESETZGEBUNG diskutieren in der Galerie Jule Hammer im Europa-Center am Montag, 20. Mai, 20 Uhr, Martin Hirsch, SPD-MdB, und Dr. Martin Bennhold, Leiter des Arbeitskreises Notstandsgesetzgebung in der Humanistischen Union.

KAPITALISTISCHE WISSENSCHAFT ist das Thema einer Vollversammlung der KU am 20. und 21. Mai, jeweils 20 Uhr, im Audimax der FU.

HOFFMANNS COMIC-TEATER namens "Okkollo" wird im Audimax der TU Samstag, 18. Mai und Sonntag, 19. Mai, jeweils um 20 Uhr wiederholt.

EIN GANZTÄGIGES SEMINAR über die "Rolle und Funktion der innerparteilichen Opposition im Rahmen der Außerparlamentarischen Opposition" findet am Sonnabend, 18. Mai, ab 10 Uhr im ESG-Heim, Gelfertstraße 45, statt. Veranstalter ist die SPD-Betriebsgruppe an den Westberliner Hochschulen.

## HINWEISE DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

MONTAG, 20. Mai, 20 Uhr, stellen H. Lessing und U. Damm eine Broschüre des Gewerkschaftlichen Arbeitskreises im RC "Scheitern die Gewerkschaften im Betrieb?" vor.

Wenn einer eine Reise tut... Jene über 700 Westberliner Sonderzug-Demonstranten nach Bonn sollten ihren Genossen einmal erzählen, was sich auf der Rückfahrt vom Sternmarsch zwischen Helmstedt und Griebnitzsee tat. Einige Aktivisten hatten das Fazit aus der Bonner Kundgebung mit der schlichten Feststellung "gewaltlose Scheiße" gezogen. Das wohl im Hinblick auf Paris: Dort wurden Barrikaden gebaut, dort ging man zum massiven Gegenangriff auf eine brutal losschlagende Polizei vor, dort flogen Steine, brannten Autos. Dort erklärten sich die Arbeiter mit den Studenten solidarisch, dort riefen die Gewerkschaften zum Generalstreik auf, dort mußte die Regierung vor den studentischen Forderungen kapitulieren.

Nach Pariser Vorbild nun auch in Bonn die Regierung zwingen zu wollen, die Notstandsgesetze allesamt in den Papierkorb zu werfen, erschien kaum einem der 80 000 Bonner und später 700 Sonderzug-Demonstranten möglich. Nur einige Dutzend waren fast dem magischen Bann der Bannmeile erlegen: sie wollten zum Sturm aufs "leere" Bundeshaus blasen. Ihre Mitdemonstranten bliesen nicht mit.

Einige wollten nun zumindest unmittelbar nach der Rückkehr nach Westberlin dem "Nimbus der Berliner Revolutionäre" (solches kam tatsächlich aus ihrem Munde) gerecht werden. Der Plan: Auf dem Bahnhof Savignyplatz die Notbremse ziehen, im Laufschrift zum Maison de France am Kurfürstendamm eilen, dort - als Sympathiekundgebung für die Pariser Demonstranten - das Haus zu besetzen, in die Büroräume eindringen, sie gegebenenfalls zerstören, sich schließlich von der Polizei wegtragen lassen.

Weil diese "spontane Aktion" im Zugrät, der nach dem Rätssystem funktionierte, zur Diskussion gestellt werden mußte, fiel sie ins Wasser. Die große radikale Mehrheit war nicht bereit, sich von einer kleinen rustikalen Minderheit die Chance, am folgenden Mittwoch einen Hochschulstreik gegen die in Bonn debattierten Notstandsgesetze zum Erfolg zu führen, zunichte machen zu lassen. Springer, Schütz & Co. wollte man nicht die billigen Argumente liefern, die sie nach der auch sie beeindruckenden Bonner Demonstration so dringend brauchten. Die Mehrheit war daher auch nicht mehr bereit, einen gewaltlosen Kurzbesuch im französischen Konsulat zu unterstützen, um dort eine Resolution abzugeben: Man wußte, daß eine Minderheit, erst am Objekt ihrer Wünsche, sich damit nicht zufrieden geben würde, und einen zu diesem Zeitpunkt ungewollten Solidarisierungseffekt auslösen könnte. Die echten Revolutionäre zogen bei der Konterrevolution die Notbremse.

Denn nichts anderes praktizieren sie, jene Dauer-Aktivisten, die glauben, die rote Fahne und das Ho-Ho-Ho-Chi-Minh auf der Bekennerlippe genüge, um jede Aktion als sozialistische Tat zu rechtfertigen. Die konsequente Aktivität, etwa die Diskussion in der Basisgruppe und die anschließende Agitation in der Bevölkerung, machen sie nicht länger als einen oder zwei Abende mit, ihnen genügen Selbstbefriedigungstaten, wie das Herunterreißen und Verbrennen eines FU-Wappens. Sie haben nicht erkannt, daß die Zeit der einst politisch sinnvollen, weil politisierenden und solidarisierenden Kommune-Happenings vorbei ist. In der jetzigen Phase unseres Kampfes geht es auch nicht mehr vorrangig um die Verbreiterung der Basis in der jungen Intelligenz, sondern um das Schaffen einer, und wenn auch vorerst noch so schmalen Basis in der Arbeiterschaft. Nur mit ihr sind Aktionen wie in Paris möglich. Zum jetzigen Zeitpunkt wäre ein Versuch, ähnliches hier zu unternehmen, objektiv konterrevolutionär: Die immerhin beachtliche Zahl der Noch-Mitläufer und Bald-Mitkämpfer der Außerparlamentarischen Opposition wäre auf einen Schlag reduziert.

Viele, die meisten unserer Genossen und Freunde, haben das erkannt. Sie lächeln über jene, die Körperhygiene mit Stalinismus verwechseln - oder gar mit Faschismus, Begriffe, die sie mit ihrer theoretisch-naiven Unbedarftheit ohnehin in einen Topf werfen: und hier treffen sie sich denn mit manchem der auch von ihnen bekämpften "liberalen Scheißer".

Viele haben erkannt, daß der Schlachtruf Ho-Ho-Ho-Chi-Minh auf einer Vietnam-Demonstration der Bevölkerung noch im Sinnzusammenhang verständlich ist, daß er aber die

Verständigung erschwert, wenn man bei Aktionen zu sozialen Forderungen mit Arbeitern ins Gespräch kommen will: Es erfordert doch einen immensen Lernprozeß um einzusehen, daß die Solidarisierung mit dem unterdrückten vietnamesischen Volk und das Eintreten für den Sieg der Befreiungsfront das eigentliche Interesse der arbeitenden, der lohnabhängigen Bevölkerung der Industriestaaten ist. Wer aber den Schlachtruf nur verwendet, um zumindest akustisch das Gefühl gemeinsamer Stärke zu haben, wird auf Dauer verhindern, daß diese Stärke eines Tages mehr als nur akustisch ist.

Wir wiederholen: Die Konterrevolution der unpolitischen Naivität ist unter uns. Sie stiftet jetzt auch, gemeinsam mit Springers Blättern, erfolgreich Verwirrung, wenn sie ihren Pennäler-Antikommunismus ultralinks reflektiert. Sie reagiert wie ein Pawlowscher Hund auf das Reizwort "Stalinismus". Wem es ernsthaft um Demokratisierung des etablierten Sozialismus zu tun ist, der braucht eine präzise Theorie und eine ebenso präzise Kenntnis des innen- und außenpolitischen Kräfteverhältnisses. Die Kritik der Hau-ruck-Revoluzzer braucht die SED in der DDR und auch die in Westberlin ebensowenig zu stören wie die Meinung der "Morgenpost". So simpel sind die Probleme eben nicht zu lösen, der Erkenntnisstand muß da schon auf den Tag gebracht werden. (Die Karawane zieht weiter, auch wenn die Pawlowschen Hunde bellen.)

Manch einer, der sich von allzu simplen und dadurch scheinbar einleuchtenden Argumenten faszinieren ließ, der sich durch unpolitische Happening-Aktionen bestätigt fühlte, sollte seine Position neu überdenken.

Und da es die Aufgabe jedes Revolutionärs ist, die Revolution zu machen, müssen wir gemeinsam die Notbremse bei der Konterrevolution ziehen.

#### EXTRA-DOKUMENTATION

#### VERFASSUNGSSCHUTZ: BERICHT ÜBER SDS UND RC

EXTRA-Dienst dokumentiert nachstehend ein Papier der Abteilung IV des Senators für Inneres mit dem Titel "Die Tätigkeit des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in Berlin und seine Beziehungen zum Republikanischen Club (RC)" aus dem Februar 1968. Die Abteilung IV ist zuständig für die Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz. Das Geheimpapier bestätigt Meldungen des EXTRA-Dienstes aus den letzten Monaten und Wochen. Am 20. April meldete EXTRA-Dienst: "Demonstrantenkartei für spätere Schutzhaft". Der Bericht des Verfassungsschutzes bestätigt das. Schon am 29. Dezember meldete EXTRA-Dienst: "Innensenator: Materialsammlung gegen Dutschke". Der Bericht des Verfassungsschutzes bestätigt das jetzt. Interessant ist ferner, daß Schütz die SDS- und RC-Überwachung persönlich angeordnet hat und daß vor der Vietnam-Demonstration der Einsatz von Militärpolizei erwogen wurde. Hier der Wortlaut des Berichts:

#### I. ZUR ENTWICKLUNG DES SOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN STUDENTENBUNDES

Der SDS verfügt gegenwärtig im gesamten Bundesgebiet einschließlich Berlin über ca. 1.600 Mitglieder. Das bedeutet ein Ansteigen um etwa 400 im Vergleich zum Jahre 1966. Der Bund wird von einem fünfköpfigen Bundesvorstand und dem sogenannten Politkomitee, das 15 Mitglieder umfaßt, geleitet.

Der SDS gliedert sich derzeit in 35 bekanntgewordene Hochschulgruppen, die vorwiegend an Universitäten gebildet wurden. Nach Aktivität und Mitgliederzahl gibt es 4 SDS-Zentren: Berlin mit ca. 200 Mitgliedern, Frankfurt/München mit je ca. 100 Mitgliedern, Marburg mit ca. 80 Mitgliedern.

Starke SDS-Gruppen existieren in Köln, Hamburg, Freiburg, Tübingen, Bonn und Göttingen.

Geldgeber sind überwiegend die IG Metall und die IG Chemie. Der SDS erhält keine Mittel aus dem Bundesjugendplan. Publikationen des SDS sind: "Neue Kritik", "Facit" (herausgegeben von den Gruppen Köln, Bonn und München) sowie die "SDS-Korrespondenz" als internes Verbandsblatt.

#### II. DAS PROGRAMM DES SOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN STUDENTENBUNDES

Der SDS hat in den letzten Jahren seine Aktivität verstärkt auf politische Schwerpunkte

konzentriert, um so das einheitliche Auftreten und Wirken dieser Gruppen zu erreichen. Solche Schwerpunkte sind derzeit: Der Krieg in Vietnam, die Notstandsgesetzgebung und die Aktion "Enteignet Springer". Mit dem Eingehen auf diese Schwerpunkte sollen Emotionen bei Mitgliedern und Mitläufern erweckt werden. Auch im Jahre 1968 ist mit Aktivitäten des SDS in dieser Richtung zu rechnen. Anklang bei Mitgliedern und Sympathisierenden finden die wiederholt vom SDS propagierten Forderungen: Anerkennung der "DDR", Verzicht auf die deutschen Ostgebiete, Aufhebung des KPD-Verbotes, Hochschulreform. Gegenwärtig gilt die Tätigkeit des SDS vornehmlich der Erringung einer größeren Anhängerschaft unter den Studenten, um danach revolutionäre Ziele im gesamt-gesellschaftlichen Bereich verfolgen zu können.

Alle bisher vom SDS durchgeführten Aktionen, die gegen die verfassungsmäßige Ordnung - insbesondere in Berlin - gerichtet waren, sind diesem Aspekt untergeordnet. Dem SDS und dem RC geht es nicht um sachliche Probleme, die einer Klärung bedürfen, sondern vor allem um die Inszenierung von Krawallen gegen die verfassungsmäßige Ordnung.

Gegenwärtig bemüht sich der SDS intensiv um verstärkten Einfluß in den Studentenvertretungen und im VDS. Auf diese Weise sollen die Studentengremien zur Verbreitung seiner Ideologie und ihre vorhandene Organisation sowie ihre finanziellen Mittel zur Durchführung von Aktionen des SDS genützt werden. Außerdem bemüht sich die SDS-Führung stark darum, den zentralen Apparat des VDS für ihre Zwecke auszunutzen.

In den an Universitäten und Hochschulen in Berlin, München, Frankfurt, Marburg, Tübingen, Hannover und Freiburg bestehenden AStA hatte vor den Neuwahlen im WS 1967/68 der SDS starken Einfluß.

Die Chancen, in der Arbeiterschaft Einfluß zu gewinnen, werden durch den Vorstand des SDS nüchtern beurteilt. Dennoch bemüht sich der SDS besonders um Kontakte zu jungen Arbeitern. Hoffnungen setzt der SDS auf eine Beteiligung an Streikbewegungen der Arbeiterschaft.

### III. BEVORZUGTE KAMPFFORMEN

SDS und RC benutzen überwiegend die "Taktik der gewaltfreien Aktion". Kernstück dieses Kampfverfahrens ist die psychologische Beeinflussung des angenommenen Gegners und der passiv abwartenden Bevölkerungsteile. Beabsichtigt wird dabei, den "Gegner" als Person lächerlich und verächtlich zu machen, ihn dadurch von der Masse der Bevölkerung zu isolieren und dazu zu zwingen, sich dem Willen der Kräfte der "gewaltfreien Aktion" zu unterwerfen. Die "Taktik der gewaltfreien Aktion" baut auf zwei Bedingungen auf: 1. Jede Gewaltanwendung muß ausgeschlossen bleiben. 2. Der Gegner muß vor Teilnahme und Zuschauern der Aktion sowie der durch Massenkommunikationsmittel informierten Öffentlichkeit bloßgestellt und diffamiert werden.

Bevorzugte Aktionsformen im Rahmen der "gewaltfreien Aktion" sind:

1. Anschauliche Darstellung (Demonstration): Hierzu gehören Flugblattverteilung; Politischer Aufzug; Funktionale Demonstration; Teach-in; Mahnwache; Picketing; Nachjagen.
2. Verweigerung der Zusammenarbeit (Noncooperation): Hierzu gehören Verweigerung von Steuern und Abgaben; Fernbleiben von öffentlichen Einrichtungen und Veranstaltungen; Fernbleiben vom Arbeitsplatz; Streik; Boykott; Ablehnung von Ehrungen; Scheinzusammenarbeit.
3. Gewaltlose direkte Aktion (Intervention): Hierzu gehören Stand-in; Sit-in; Go-in; Demonstrativer ziviler Ungehorsam (gewaltloser physischer Widerstand; Fraternalisierung; Obstruktion).

Die Entscheidung, welche Aktionen einzeln oder miteinander verbunden durchzuführen sind, ist nicht das Ergebnis spontaner Beschlüsse, sondern sorgfältiger Planung. Das Studium der Polizeitaktik, das von den Kräften der "gewaltfreien Aktion" betrieben wird, bietet eine nützliche Grundlage für die Einsatzplanung. Fast immer werden Formen der direkten Aktion mit Formen der Demonstration verbunden. Das erfordern sowohl das Grundprinzip "der gewaltfreien Aktion", die psychologische Beeinflussung des Gegners, als auch der Zwang zur Publizität durch Beteiligung der Massenkommunikationsmittel, ohne die die meisten Aktionen nach einer gewissen Zeit wirkungslos verpuffen. Direkte Aktionen werden auch mit Protesten bei den Parlamentarischen Gremien verbunden.

#### IV. MASSNAHMEN ZUR EINDÄMMUNG DER AKTIVITÄTEN DES SDS

1. Entsprechend einer Weisung des Regierenden Bürgermeister ist die Tätigkeit des SDS ständig zu beobachten und zu analysieren.

Die Tätigkeit des SDS bzw. einzelner radikaler SDS-Mitglieder wird unter Kontrolle gehalten. Die Beobachtung erfolgt mit dem Ziel, die Beziehungen des SDS zum Republikanischen Club (RC) sowie zu anderen oppositionellen Organisationen und Personen festzustellen, die in Berlin die Tätigkeit des SDS lenken. Zu diesem Zweck werden weitere vertrauenswürdige Personen, besonders aus linksgerichteten Organisationen, in den SDS und RC eingeschleust, um genaue Informationen über die dortigen Vorgänge zu erhalten. Besondere Aufmerksamkeit wird der Betätigung und der zunehmenden Popularität des SDS-Vorstandsmitgliedes Dutschke gewidmet.

Diese Tätigkeit wird in Übereinstimmung und nach Absprache mit den zuständigen Behörden der Bundesregierung und mit den Schutzmächten ohne großes Aufsehen durchgeführt. Vorrangig ist die Sammlung von Fakten und Umständen, die gegebenenfalls die Tatbestände der folgenden Paragraphen erfüllen könnten: § 303 StGB (Sachbeschädigung), § 110 StGB (Aufforderung zum Ungehorsam), § 114 StGB (Beamtennötigung), § 113 StGB (Widerstand gegen die Staatsgewalt), § 123/124/125 StGB (Haus- und Landfriedensbruch). Das gesammelte Material ist unter dem Aspekt zu prüfen, ob es den Voraussetzungen für die Beantragung eines Verbots der genannten Organisationen gemäß Artikel 9 des Grundgesetzes entsprechen könnte. Rädelsführer, die sich bisher an Aktionen maßgeblich beteiligten, werden listenmäßig erfaßt und registriert, um sie gegebenenfalls schnell in vorbeugende Schutzhaft nehmen zu können.

2. Durch Untersuchungen wurde festgestellt, daß SDS und RC Kontakte zu Gewerkschaftsorganisationen und anderen linken Studentenvereinigungen sowie zur SED und zur FDJ und zur Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft unterhalten.

Es muß im Bereich des Möglichen liegen, die Verbindungen zwischen der IG Metall und dem RC sowie dem SDS zu unterbrechen und darauf Einfluß zu nehmen, daß die IG Metall ihre Unterstützung des RC einstellt. Dabei ist von der bekannten Haltung des DGB-Landesbezirksvorstandes Berlin zu derartigen Verbindungen auszugehen.

3. Der Ausschuß für Sicherheit und Ordnung des Abgeordnetenhauses berät über die Tätigkeit des SDS und des RC und legt notwendige Maßnahmen fest.

4. Die Kontakte zwischen SDS, RC und SED, FDJ sind maximal zu überwachen. Feststellungen über eine östliche Steuerung und Finanzierung werden vordringlich unter Beachtung des Quellenschutzes für die Öffentlichkeitsarbeit freigegeben. Diesbezügliche Empfehlungen des Regierenden Bürgermeisters sind zu berücksichtigen.

5. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Aktivitäten zur Vorbereitung des internationalen Vietnam-Kongresses in Berlin. Die beantragte Demonstration anläßlich des Kongresses am 18. Februar 1968 wird nicht genehmigt. Der Polizeipräsident ergreift alle erforderlichen Maßnahmen (Bereitstellung von Polizeikräften usw.) Bei Nichtbefolgung des Verbots wird die Demonstration gewaltsam aufgelöst. Rädelsführer sowie Personen mit Spruchbändern und Losungen werden festgenommen und für den Erkennungsdienst fotografiert. Entsprechend einem Ersuchen der amerikanischen Schutzmacht wird gesichert, daß randalierende Elemente vom amerikanischen Wohnviertel und dem Amerikahaus ferngehalten werden. Die alliierte Militärpolizei steht bereit, um bei Übergriffen gegen die alliierten Objekte einzugreifen.

Die Einsatzgruppen werden am 17. und 18. Februar 1968 durch Kräfte aus Dienststellen der Bundesrepublik verstärkt.

#### EXTRA-DOKUMENTATION

##### KARL DIETRICH WOLFF: "UNSER WIDERSTAND BEGINNT ERST"

Der Bundesvorsitzende des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), Karl-Dietrich Wolff, hielt auf der Abschlußkundgebung des Sternmarsches der Notstandsgegner am 11. Mai in Bonn folgende im Wortlaut dokumentierte Rede:

"Die radikal demokratische Opposition sieht sich heute dem zynischen Versuch gegenüber, brutale Gewalt der herrschenden Klasse formal in der Verfassung zu verankern. Wieder einmal will eine deutsche Regierung 'Schutzhaft' verordnen. Wie in Griechen-

land ist in Mitgliedsstaaten des angeblich freiheitlichen Verteidigungsbündnisses der NATO nun auch in Deutschland Zwangsarbeit wieder möglich. Der Staat wird nach Belieben wieder das große 'Militärzuchthaus der Arbeit', von dem Lenin schon 1916 spricht. Wer nicht pariert, wird vom Werkschutz, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr eingeschüchtert oder schließlich zusammengeschossen. Der Innensenator von Westberlin, Neubauer, hat bekanntlich gemeint, auf ein paar Tote komme es nicht an. Diese verbrecherische Gleichgültigkeit wird in der Notstandsplanung technisch perfekt in nationalem Maßstab sichtbar. Die Bürgerkriegsplaner haben selbst das Grundgesetz zum alten Eisen geworfen; jetzt wollen sie uns zur Verfassungstreue ermahnen. Aber die Notstandsstrategen haben die Rechnung ohne uns alle gemacht. Wir werden nicht in aller Ruhe zusehen, wie ein Parlament zum zweiten Mal in der deutschen Geschichte sich selbst vollends überflüssig macht und uns die neue Diktatur beschert.

In der Konfrontation, der wir uns ausgesetzt sehen, sind wir stärker und schwächer zugleich geworden. Wir sind schwächer geworden: der sozialdemokratische Parteiapparat hat mit der Tradition des demokratischen Widerstandes der Arbeiterbewegung endgültig gebrochen und ist heute ganz auf die Seite der Konterrevolution übergegangen. Wenn Otto Wels in seiner mutigen Rede 1933 bei der Verabschiedung der Hitlerschen Ermächtigungsgesetze noch sagen konnte: 'Die deutsche Sozialdemokratie ist zwar wehrlos, aber nicht ehrlos', so könnte die heutige Parteiführung, wenn sie ehrlich wäre, nur das Gegenteil feststellen. Wir sind schwächer geworden: wir haben die schleichende Militarisierung der Betriebe bei der Aufstellung von Werkschutz-Privattruppen nicht verhindert. Wir sind schwächer geworden: Genosse Otto Brenner und Kollege Rosenberg sind heute nicht bei uns, wo sie hingehören.

Wir sind auch stärker geworden: die Bewegung gegen die Wiederaufrüstung verlor ihre Kraft, nachdem die Wehrpflicht durchgesetzt war. Unsere Opposition wird weiterreichen als bis zur Verabschiedung dieser Diktaturgesetze. Wir sind stärker geworden: wir sind heute hier mit Tausenden von Sozialdemokraten und Gewerkschaftskollegen zusammen, die ihre Verantwortung für ein demokratisches und sozialistisches Deutschland über Partei- und Verbandsloyalität stellen. Wir sind stärker geworden: zum ersten Mal seit 1848 steht die große Mehrzahl der deutschen Studenten und Schüler nicht auf der Barrikadenseite der Reaktion. Wir sind stärker geworden: wir haben gelernt, unsere Forderungen nicht mehr nach dem auszurichten, was die Abs, Benda, Kiesinger & Co. uns im Rahmen von Rüstungswirtschaft, Devisenhilfe für den Krieg der Amerikaner in Vietnam, kapitalistischen Rezessionen zugestehen können. Wir haben gelernt, Forderungen an unseren ungeheuren historischen Möglichkeiten zu messen. Das ist nicht utopisch. Es ist eher utopisch, wenn die herrschende Clique meint, unsere Zukunft auf Dauer verhindern zu können.

Kollegen, Genossen, wir haben einen Teil der Notstandsgesetzgebung hinauschieben können. Wir sind nicht stark genug gewesen, die Texte vom Tisch zu wischen und ihre Verabschiedung endgültig zu verhindern. Aber unser Widerstand, den wir an unseren Arbeitsplätzen in Betrieb, Schule und Universität tragen und dort selbständig organisieren: er beginnt erst. Der Widerstand verstärkt sich im sicheren Wissen, daß selbst eine vorläufige Niederlage gegen die Notstandsstrategen doch nur der Anfang für eine noch tiefere und endgültigere Niederlage der deutschen Bourgeoisie als 1945 sein kann. Aber unser Widerstand setzt früher an; Deutschland hat in diesem Jahrhundert schon zuviel Blut und Tränen gesehen. Werden sie es wagen, ganze Lehrlingsgruppen eines Betriebs, ganze Schulklassen, ganze Lehrerkollegien, ganze Universitätsseminare zu verhaften und zusammenzuschlagen?

Wir müssen in einer breiten öffentlichen Diskussion von Arbeitern, Schülern und Studenten klären, mit welchen massenhaften Aktionen wir auf die Herausforderung durch eine 3. Lesung antworten werden. Wir müssen gemeinsam über die Organisation des Widerstandes im autoritären Staat diskutieren. Wir können heute noch nicht fertige Rezepte und Modelle vorweisen. Wir wollen deshalb gemeinsam im Anschluß an die Kundgebung diese Diskussion führen. Wir jedenfalls werden zur geplanten 2. Lesung am 15. Mai streiken, streiken an allen Universitäten, Hochschulen und Schulen. Ob mit oder ohne Zustimmung der Rektoren oder Ministerien. Und die Nachricht, daß auch in verschiedenen Betrieben Warnstreiks durchgeführt werden, ist die beste Nachricht, die wir heute



bekommen haben. Und so wenig die Schüler auf Erlaubnis ihrer Lehrer warten, so wenig werden die Kollegen die Unternehmer fragen. Nur wir selbst können unsere Interessen wahrnehmen."

PROF. HELMUT RIDDER: "DER NACH INNEN SCHLAGENDE IMPERIALISMUS"

Auf der Abschlußkundgebung des Sternmarsches der Notstandsgegner in Bonn am 11. Mai hielt Professor Helmut Ridder folgende im Wortlaut dokumentierte Rede:

"Die Stadt, in der wir aus allen Teilen der Bundesrepublik heute zusammengekommen sind, hat dem Staat, in dem wir leben, ihren Namen gegeben: 'Bonn' heißt vielen dieser Staat - und man beeilt sich hinzuzufügen: 'Bonn ist nicht Weimar'. Das walte Gott, fügen wir hinzu - sonst sähe es schlimm aus - sonst schrieben wir 1932.

Wir Deutschen - die nicht so zahlreichen Helden und Märtyrer des Widerstands gegen unmenschliche Herrschaft, die gar nicht heldenhaften Schweyks, zu denen ich selbst damals als Schüler und Student gehörte, das Heer der gedankenlosen Mitläufer und selbst die ernüchterten aktiven kleinen Mithelfer der Nazis - wir alle, die wir überlebt hatten, wir wollten 1945 wirklich aus der Geschichte lernen und einen demokratischen deutschen Rechtsstaat aufbauen. Ich will und kann hier nicht wiederholen, warum das so schmachvoll gescheitert ist. Es gibt gute Bücher über dieses Stück der deutschen Zeitgeschichte, die erklären, warum eine Nation mit ungereinigtem Gewissen das nicht konnte (der junge Kollege Stoltenberg von der Historikervereinigung ist wegen seiner berufsfernen Tätigkeit wahrscheinlich nicht zur Lektüre gekommen). Ich will hier nur das Signum 'Bonn' über unserem Sternmarsch verdeutlichen: Diese Stadt, deren Bürger nicht besser und nicht schlechter sind als alle anderen Bürger dieses Landes, hat sich der aus dem politischen Scheintod erwachte rheinische Politiker der ersten Stunde zur Hauptstadt seines westdeutschen Teilstaats erkoren und mit wenig pingeligen Methoden und dem goldenen Segen seiner atlantischen Freunde dazu gemacht. In dieser Stadt hat der Repräsentant vordemokratischer Großväterpolitik seine mehreren unskrupulösen Kanzlerschaften ausgeübt. Er brauchte nur Rapallo zu sagen, dann waren seine alten Partei'freunde' aus dem Zentrum von Weimar mattgesetzt; er brauchte den Sozialdemokraten nur Röte anzuhängen, dann hatten sie das Nachsehen. In dieser Stadt ist an jeder Wegegabel in der Entwicklung der Bundesrepublik der Kurs bestimmt worden - auf Wiederaufbau der alten wirtschaftlichen Machtpositionen statt auf Grundlegung demokratischer Gesellschaftsverhältnisse, auf Remilitarisierung statt auf Pazifizierung, notfalls auch auf Kulturkampf statt auf demokratische Bildungspolitik, schlechthin auf Restauration statt auf Neuaufbau! In dieser Stadt ist im Dezember 1966 nach dem Abgang seines bedeutungslosen Nachfolgers die Ära Adenauers, in der es noch ein irgendwie nennenswertes Kräftespiel gab, definitiv zu Ende gegangen. In dieser Stadt hat damals mit der Regierung der Großen Koalition, die einer kleinen Partei die ihre Kräfte übersteigende unanständige Feigenblattfunktion der Opposition zumutet, der Notstandsstaat bereits begonnen, die massive Ablösung der parlamentarischen Demokratie auch im Erscheinungsbild der Regierung, der Ausnahmezustand des Parlamentarismus. In dieser Stadt treibt das notstandsstaatliche Regime mit der 'Notstandsverfassung' auf seine - für die Verewigung des Notstandsstaats gewiß unentbehrliche - normative Zementierung hin. Und in dieser Stadt demonstrieren wir heute den unbeugsamen Abwehrwillen der aktivsten Teile der Bürgerschaft unseres Landes nicht nur gegen diesen Versuch.

Man nennt uns 'außerparlamentarische Opposition'; damit läßt sich das draußen-vor-der-Tür-Stehen so bühenwirksam und schadenfroh assoziieren. Wir seien sogar 'antiparlamentarisch' und damit verfassungsfeindlich. Nun, wo sich der Antiparlamentarismus schon seit Jahren eingenistet hat, das läßt sich sehr einfach feststellen, wenn man sich mit dem Inhalt der Notstandsgesetzgebung vertraut macht und sich das Verfahren vergewöhnt, in dem diese wie andere Gesetze parlamentarisch und extra-parlamentarisch behandelt werden. Kann man sich darüber wundern, daß manchen die Galle antiparlamentarisch überläuft, wenn es Abstimmungen über Gesetzestexte gibt, die den Abgeordneten eine halbe Stunde vor ihrer konkreten Degradierung zur Abstimmungsmaschine in die Hand gedrückt worden sind? Wenn durch 'Formulierungshilfen' der Bundesregierung faktisch neue Gesetzentwürfe unter Ausschluß der Öffentlichkeit, die die Voraussetzung dafür ist, daß Abgeordnete in der Demokratie ein 'freies Mandat' aus-

üben dürfen, ins Parlament geschmuggelt werden und das Parlament sich diese 'Hilfe' nicht mit Entschiedenheit verbittet?

Die Hilfswilligkeit der Bundesregierung ist wahrhaft überwältigend. Unlängst offerierte ein Bundesminister der Wissenschaft in aktuellen Fragen 'Orientierungshilfe'. Bei Orwell heißt die Geheime Staatspolizei 'Liebesministerium', bei den Nazis machte der Lügenminister 'Volksaufklärung', im Bonner Notstandsstaat heißt die Kastration des Parlaments 'Formulierungshilfe'. Das ließe sich beliebig fortsetzen. Beschränken wir uns auf das ungeheuerlichste Beispiel aus dem Inhalt der 'Notstandsverfassung': Sie soll jetzt also ein 'Widerstandsrecht' enthalten. Man kann darüber streiten, ob das in Jahrhunderten abendländischer Zivilisation gereifte Recht zum Widerstand gegen unrechtmäßig ausgeübte Staatsgewalt zu einem juristisch brauchbaren Grundrecht gemacht werden kann. Aber über seinen Träger - herrschaftsunterworfenen Menschen - hat es nie einen Streit gegeben. In den Ausschüssen des Deutschen Bundestages freilich wird es auf höhere Eingebung als Recht der Staatsgewalt selbst konstruiert, auf deren Seite sich die Untertanen gegen ihre Mitbürger schlagen dürfen. Mit dem Spielmaterial 'Widerstandsrecht' hat man SPD-Abgeordnete beschäftigt, während sie von ihrer Partei- und Fraktionsführung eingeseift wurden, und das Produkt ist die Umtaufe der unheiligen Allianz von knüppelnder Staatsgewalt und Bild-Zeitungs-Mob zum 'Widerstandsrecht'!

Wir, die hier demonstrierende akademische und Arbeiterjugend, Gewerkschafter, Professoren, Schriftsteller und Publizisten, wir sind nichts anderes als die nicht aufzuhaltende demokratische Neubildung der von sogen. Öffentlichkeitsarbeit der Regierung und den ihr und bestimmten Profitinteressen hörigen Teilen der Presse zerstörten öffentlichen Meinung. Wir sind eine demokratische Erneuerungsbewegung, die in legitimer Weise gesellschaftliche Macht entfaltet. Es ist eine bare Selbstverständlichkeit, daß diese Bewegung nicht aufhört, wenn der Bundestag, wie auch immer, über die 'Notstandsverfassung' entschieden hat. Sie wird in neuen, der jeweiligen Situation angepaßten Formen gegen undemokratische und undemokratisch ausgeübte Staatsgewalt Widerstand leisten. Carl v. Ossietzky sagte 1933: 'Wird nicht sofort und bedingungslos der Weg zur Verfassung wieder angetreten, so wird die außerparlamentarische Regierungsweise von oben mit außerparlamentarischen Abwehrmaßnahmen von unten beantwortet werden. Denn es gibt auch ein Notrecht des Volkes gegen abenteuerlich experimentierende Obrigkeiten.' Dem Deutschen Bundestag, der kein Reichstag von 1933 ist, steht noch immer der Rückweg zum Parlamentarismus offen. Wir fordern ihn auf, diesen Rückweg zu beschreiten. Wir sind keine vor der Kroll-Oper marschierende SA, die den Gegnern der Ermächtigungsgesetzgebung den Schädel einschlagen will. Wir wollen, daß zum mindesten erst einmal Licht und Luft in das Geheimverfahren gebracht wird, damit die Volksvertretung erfaßt, worum es eigentlich geht. Wir werden denjenigen nicht auf den Leim gehen - wer es täte, gehörte nicht zu uns -, die sich eine Popularisierung der Notstandsverfassung durch etwa heute provozierte Gewalttätigkeit erhoffen. Wir verwechseln den mangels äußerer Bewegungsfreiheit zunächst nach innen schlagenden Imperialismus des Notstandsstaates nicht mit dem Naziregime, wenn er auch mit dem sogen. Rechtsradikalismus als Buhmann und zugleich als Magnet spielt. Wir wissen, daß der Springer von heute kein Hugenberg von gestern ist; wir wissen aber auch, daß der Hugenberg von gestern sich heute nach Möglichkeit den Lohn für Demokratiezersetzung nicht von den sogen. Rechtsradikalen abnehmen oder ablösen lassen möchte. Wir wissen aus der Geschichte des deutschen Imperialismus nach außen und innen, daß die Torheit seiner Gegner sein bester Verbündeter ist. Er braucht eine Emser Depesche, ein Serajewo, einen Reichstagsbrand, ein Gleiwitz: wir zünden keinen Reichstag an!

Hier und jetzt fordern wir die Absetzung der Lesung einer 'Notstandsverfassung', die die Bundeswehr zur Bürgerkriegstruppe macht, die von der ohnehin bescheidenen Souveränität der Bundesrepublik nichts mehr übrig läßt, indem sie rigoroseste Eingriffe blind an die Beschlüsse von NATO-Organen bindet und zugunsten fremder Truppen die Arbeitsfreiheit ihres deutschen Personals beseitigt, die Putschvorhaben à la Griechenland legalisiert, die mit einer ehrlichen Entspannungspolitik unvereinbar ist, die unvereinbar ist selbst mit den von der SPD aufgestellten Minimalbedingungen, die durch und durch vom antiparlamentarischen Gift des Mob-Bürokratismus zerfressen ist. Wir fordern die Abgeordneten, die außer zwei Fingerhut von persönlichem Ehrgeiz keine etablierten Inter-

essen vertreten, auf, sich endlich über die Interessen- und Machtlage klar zu werden, die durch die 'Notstandsverfassung' verfestigt würde. Wir fordern sie auf, nicht mehr mit Mätzchen und dem Feilschen um den Einbau weiterer Gremien von politischen Routiniers in die Notstandsverfassung um den heißen Brei herumzuschleichen. Wir fordern sie auf, mit uns zusammen aus der Geschichte zu lernen, daß dieses Land, wenn es nicht endlich Demokratie wird, immer von neuem sich und die Mitwelt in den Abgrund reißen wird."

#### EXTRA-DOKUMENTATION

#### JUNGSOZIALISTEN: REBELLION GEGEN DIE PARTEI-BÜROKRATIE

Der im Dezember letzten Jahres abgebrochene Bundeskongreß der Jungsozialisten in der SPD erlebte auf seiner Fortsetzung in Frankfurt am 11. und 12. Mai einen erneuten Aufstand der Jungen Linken in der SPD gegen die SPD-Führung. Trotz mehrfachen Eingreifens des stellvertretenden Parteivorsitzenden Helmut Schmidt verabschiedeten die Jungsozialisten mit teilweise großer Mehrheit oder fast einstimmig Entschließungsanträge zur Notstandsgesetzgebung, zum Sternmarsch der Notstandsgegner, zur Außerparlamentarischen Opposition. EXTRA-Dienst dokumentiert nachstehend einige wichtige angenommene Resolutionen und den Wortlaut der Erklärung des SPD-Parteivorsitzende zum Soliarisierungstelegramm der Jusos an die Notstandsgegner:

RESOLUTION ZUM WESTBERLINER VERSAMMLUNGSRECHT (angenommen mit etwa 150 zu 30 Stimmen):

"Die Jungsozialisten wenden sich gegen Versuche des Senats von Berlin, die Ausübung des Versammlungsrechts zu behindern. Sie verurteilen, daß man innerparteiliche Opponenten aus der Partei ausschließen will und zu einer mit zweifelhaften Mitteln zusammengetrommelten Kundgebung aufgerufen hat, auf der eine Stimmung gegen oppositionelle Minderheiten erzeugt wurde, die nur als Pogromstimmung gekennzeichnet werden kann. Dieses Verhalten ist mit den Grundsätzen der Sozialdemokratie unvereinbar."

RESOLUTION ZUR AUSSERPARLAMENTARISCHEN OPPOSITION (angenommen mit etwa 150 Stimmen zu 30):

"Der Bundeskongreß der Jungsozialisten erkennt angesichts der Erstarrung des politischen Lebens in der BRD die gegenwärtige Notwendigkeit der Außerparlamentarischen Opposition an. Er bekennt sich zum demokratischen Recht, durch Klubs, Demonstrationen, Kundgebungen und Kongresse unmittelbar einen politischen Willen auszudrücken. Da in unseren Parteien und Parlamenten wichtige politische Fragen nicht offen genug diskutiert werden, begrüßen es die Jungsozialisten, daß durch die Außerparlamentarische Opposition solche Fragen wieder in das Blickfeld der breiteren Öffentlichkeit gerückt werden. Die Jungsozialisten fordern die SPD auf, die vorurteilslose Diskussion mit der Außerparlamentarischen Opposition intensiver als bisher zu führen. Die Jungsozialisten begrüßen es, daß auch die Außerparlamentarische Opposition weitgehend der Ansicht ist, daß ihre provokatorisch-aufklärerischen Aktionen gewaltfrei sein müssen. Die Jungsozialisten distanzieren sich entschieden von den antiparlamentarischen und antidemokratischen Kräften innerhalb der Außerparlamentarischen Opposition, die durch Gewaltanwendung eine sachliche Diskussion verhindern wollen. Ebenso wie wir Gewalt durch Demonstranten ablehnen, wenden wir uns gegen die unberechtigte Gewaltanwendung der autoritären Staatsgewalt. Die Jungsozialisten werden versuchen, Fragestellungen der Außerparlamentarischen Opposition in die Arbeit ihrer Partei hineinzutragen. Sie werden sich bemühen, durch ihre Arbeit die außerparlamentarischen Kräfte für die SPD zurückzugewinnen, weil für gesellschaftliche Veränderungen die demokratischen Organisationen nach wie vor eine geeignete Plattform bieten. Ob die außerparlamentarische Bewegung zur antiparlamentarischen wird, hängt entscheidend davon ab, wie die Parteien und insbesondere die SPD diese Diskussion aufgreifen und umsetzen."

GRUSSTELEGRAMM AN DEN STERNMARSCH DER NOTSTANDSGEGNER (angenommen gegen knapp 20 Gegenstimmen):

"Der Bundeskongreß der SPD-Jungsozialisten, der an diesem Wochenende in Frankfurt

am Main stattfindet, erklärt seine Solidarität mit dem Sternmarsch des Kuratoriums 'Notstand der Demokratie'. Die SPD-Jungsozialisten sind mit den Teilnehmern des Sternmarsches einig darin, daß die Verhinderung der derzeitigen Notstandsgesetze die Lebensfrage der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland ist."

STELLUNGNAHME DES PARTEIVORSTANDES ZUM GRUSSTELEGRAMM (verkündet durch den Sprecher des SPD-Parteivorstandes, Frank Sommer):

"Auf ihren Parteitag 1962 in Köln, 1964 in Karlsruhe, 1966 in Dortmund und 1968 in Nürnberg hat die SPD die Grundsätze aufgestellt, die für sie bei der Schaffung einer Vorsorgegesetzgebung für Zeiten von Not und Gefahr Gültigkeit haben. Diesem eindeutigen Auftrag gemäß hat es die Sozialdemokratische Partei schließlich nach jahrelangem Bemühen durchgesetzt, daß im Bundestag ein Gesetzentwurf zur 2. Lesung ansteht, der von den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit und der demokratischen Gesinnung getragen ist. An dieser Haltung hält die SPD unbeirrt fest. Auch für die Jungsozialisten als Arbeitsgemeinschaft innerhalb der SPD sind die Parteitagsbeschlüsse der SPD gültig. Der Parteitag ist das höchste Beschlußorgan. Seine Beschlüsse sind für alle Mitglieder der SPD verbindlich. Ein Beschluß zur Solidarisierung mit Teilnehmern des sogenannten 'Sternmarsches' bedeutet die Kapitulation vor einer auf Verdrehung und Verhetzung angelegten Kampagne. In Wirklichkeit ist es allgemein bekannt, daß es sozialdemokratische Politik ist, den Frieden zu erhalten. Weil die Sozialdemokratie nicht will, daß in Not und Gefahr nach Willkür regiert und verwaltet wird, sondern daß auch in solchen Zeiten rechtsstaatlich und demokratisch regiert und verwaltet werden kann, müssen auch und gerade in Not und Gefahr die Voraussetzungen und Grenzen eines außergewöhnlichen Handelns der staatlichen Gewalt in der Verfassung und in ordentlichen Gesetzen bestimmt sein. Es ist unumgänglich, daß geregelt wird, was im Notfall zu tun ist. Jede Regierung steht unter der Eidespflicht, Schaden vom Volk abzuwenden. Wenn von Demonstranten behauptet wird "Schützt die Freiheit gegen den Notstand", dann muß geantwortet werden, daß die Freiheit gerade im Notstand geschützt werden muß."

ENTSCHLIESSUNG DER JUNGSOZIALISTEN GEGEN SOMMER (fast einstimmig angenommen):

"Der Bundeskongreß mißbilligt aufs Schärfste die Erklärung von Frank Sommer zum Grußtelegramm der Jungsozialisten an Teilnehmer des Sternmarsches. Die gewollten Mißverständnisse und Verdrehungen der Pressestelle und Frank Sommers persönlich sowie die diffamierenden Unterstellungen sind geeignet, sachliche Auseinandersetzungen zu verhindern und das Verhältnis zwischen SPD und Jungsozialisten nachhaltig zu trüben. Die Jungsozialisten fordern aus diesem Sachverhalt heraus die Ablösung von Frank Sommer als Pressesprecher der SPD und beauftragen ihren Vorsitzenden, Peter Corterier, im Parteivorstand darauf hinzuwirken."

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab . . . . . 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10.00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungs-gesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 47 12 (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME: . . . . .  
WOHNORT: ( ) . . . . .  
STRASSE: . . . . .  
DATUM: . . . . .                      UNTERSCHRIFT: . . . . .